

Angela Merkel: CDU Parteitagsrede

(14. Dezember 2015, Karlsruhe)

Liebe Freundinnen und Freunde! Meine Damen und Herren!

2015 ist ein unglaubliches Jahr, letztlich schwer zu fassen. Ja, auch in den vergangenen Jahren war viel los; aber eine solche Dichte, eine solche Abfolge von Ereignissen, bei denen jedes dieser Ereignisse für sich selbst schwer wiegt, habe zumindest ich noch nicht erlebt.

Erinnern wir uns im Januar an die Angriffe auf „Charlie Hebdo“ und einen koscheren Supermarkt in Paris. 17 Menschen fallen dem blanken Hass des internationalen Terrorismus zum Opfer. Doch die Mörder von Paris haben mit ihren Taten jeden mitfühlenden Menschen angewidert und abgestoßen. Ein Meer von Menschen in Paris, Berlin und anderswo hat sich davon distanziert, hat ein klares Nein zur kranken Logik der Terroristen gesagt. Egal, ob es christliche, muslimische, jüdische, oder nichtgläubige Menschen waren, sie haben sich nicht spalten lassen; sie sind gemeinsam dagegen aufgestanden. Das war ein wichtiges Zeichen.

Dann im Februar: 17 Stunden Verhandlungsmarathon in Minsk für Frieden in der Ukraine, Stunden und Aberstunden. Es ging, obwohl es so nah ist und obwohl es Europa ist, um nicht weniger als um Krieg und Frieden. Es ging um elementare Prinzipien der europäischen Friedensordnung. Es ging um die Frage, ob das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur auf dem Papier steht oder ob es auch gelebt werden darf. Es ging um die Frage, was territoriale Unversehrtheit als die Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg in der Praxis bedeutet. Es ging darum, etwas dageganzusetzen, dass man im 21. Jahrhundert noch das Denken in Einflussphären pflegt. Deutschland und Frankreich haben hier gemeinsam gehandelt und versucht, diese Prinzipien wieder einzufordern. Die Europäische Union hat gemeinsam gehandelt und Sanktionen gegen Russland aufgelegt und hat gesagt: Erst wenn das Abkommen von Minsk umgesetzt ist, können diese Sanktionen aufgehoben werden. – Meine Damen und Herren, dieses Thema wird uns wieder beschäftigen, diese Woche noch auf dem Europäischen Rat. Ich glaube aber: Das war die richtige Reaktion, so gut und gerne wir auch gute Beziehungen zu Russland wollen. Unsere Prinzipien müssen eingehalten werden.

Dann im März: der Absturz einer Germanwings-Maschine über den französischen Alpen, bewusst vom deutschen Kopiloten herbeigeführt. 149 Menschen aus

16 Nationen hat dieser Kopilot mit in den Tod gerissen, darunter 16 Schülerinnen und Schüler und zwei Lehrer aus Haltern. Fassungslosigkeit machte sich breit. Es fehlten uns die Worte. Trotzdem war es ein berührendes Zeichen zu sehen, mit welcher Kraft, mit welchem Einsatz die französischen Helferinnen und Helfer ganz selbstverständlich eingestanden sind. Ein herzliches Dankeschön dafür. Das war deutsch-französische Freundschaft.

Dann, liebe Freunde, im April: ein Sonderrat der Europäischen Union, der Staats- und Regierungschefs, weil an einem Wochenende Hunderte Menschen im Mittelmeer ertrunken sind. Wir sind zusammengekommen, wir waren betroffen, wir haben Schlussfolgerungen gezogen. Seitdem rettet unter anderem die Deutsche Marine Menschen vor dem Untergang und vor der Brutalität der Schleuser und Schlepper –zusammen mit vielen anderen. Das war unsere humanitäre Verantwortung. Ein herzliches Dankeschön unseren Soldatinnen und Soldaten, die dabei mittun.

Klar war aber auch: Wir haben im April noch keine Antworten gefunden auf die Frage nach der Bekämpfung der Fluchtursachen; wir haben noch nicht das Rezept gefunden, wie wir unsere Außengrenzen schützen können.

Dann bis Ende Juni, Anfang Juli die Verhandlungen mit der griechischen Regierung, zunächst über den Abschluss des bis dahin geltenden zweiten Hilfsprogramms und schließlich, bis weit in den Sommer hinein, nach einem beispiellosen Hin und Her der linken griechischen Regierung – mit Referendum und Neuwahlen –, über ein neues, drittes Programm, dieses Mal unter dem Dach des ESM. Das war eine

Zerreißprobe – für uns, aber auch für die ganze Euro-Zone. Um es ganz klar zu sagen: Maßgeblich war es am Ende unser Finanzminister Wolfgang Schäuble, der immer wieder darauf gedrungen hat, dass nur ein Programm nach den Kriterien verabschiedet werden kann, die uns wichtig waren und die uns wichtig sind: keine Leistung ohne Gegenleistung; Eigenverantwortung und Solidarität gehören zusammen. Und das muss auch so bleiben. – Herzlichen Dank, Wolfgang Schäuble.

Liebe Freunde, uns eint dabei ein Ziel: Europa soll stärker aus der Krise hervorkommen, als es in sie hineingegangen ist. Nur so können wir im harten globalen Wettbewerb unsere Werte, unsere Interessen, unsere Arbeitsplätze behaupten. Und ich sage auch: Obwohl wir Erfolge sehen – Wirtschaftswachstum in Portugal, in Spanien, ganz besonders in Irland –, müssen wir sagen, dass wir diese Krise noch nicht vollständig überwunden haben. Die Gründungsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion sind noch nicht behoben. Wir werden vonseiten der CDU, auch vonseiten der EVP immer wieder einfordern, dass wir nicht wieder in eine solche Krise hineinkommen können, dass wir hart daran arbeiten, unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und solide Finanzen zu haben, weil beides zusammen Arbeitsplätze schafft, und die braucht Europa so dringend in so vielen Ländern, liebe Freunde.

Und dann im Juni der G 7-Gipfel in Elmau, auf dem wir wichtige Beschlüsse gefasst haben, zum Beispiel die Position der Industriestaaten, der G 7-Mitglieder, zu der Frage des Klimawandels. Wir haben entschlossen gesagt, dass dies ein Jahrhundert sein muss, in dem wir den Anstieg der weltweiten Temperatur auf unter 2 Grad begrenzen. Ich freue mich sehr, dass die Weichenstellung jetzt in Paris gelungen ist. In diesem Jahr, in dem wir so viel Schreckliches erlebt haben, sind 196 Staaten an dieser Stelle in der Lage gewesen, gemeinsam zu handeln und die Weichen für eine gute Zukunft zu stellen, den Menschen wieder eine Perspektive zu geben und Fluchtursachen zu bekämpfen; denn Klimaflüchtlinge sind keine Utopie, sondern leider heute schon Realität, meine Damen und Herren.

Und dann im August: Am 19. August hat Thomas de Maizière als Bundesinnenminister eine neue aktuelle Prognose zur Zahl der erwarteten Asylbewerber in diesem Jahr veröffentlicht. Im Frühjahr waren wir noch der Meinung, dass es 400 000 sein würden. Dann haben wir die Prognose erhöht auf 800 000. Und dann die Nacht vom 4. auf den 5. September: Tausende Flüchtlinge waren in Budapest gestrandet. Sie machten sich zu Fuß auf den Weg über die Autobahn in Richtung Österreich. Deutschland und Österreich haben dann eine Entscheidung getroffen, diese Menschen ins Land zu lassen. Das war eine Lage, die unsere europäischen Werte wie selten zuvor auf den Prüfstand gestellt hat. Ich sage: Dies war nicht mehr und nicht weniger als ein humanitärer Imperativ.

In dieser Nacht wurde wie im Brennglas deutlich, was sich die ganzen Monate vorher schon gezeigt hat und auch seither zeigt: Die Welt und Europa haben es mit der größten Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg zu tun. Europa ist von dieser Flüchtlingsbewegung in seinem Innersten herausgefordert. Das, was für uns bisher weit weg schien, was wir im Fernsehen gesehen haben, das kommt nun buchstäblich bis vor unsere Haustür. Der Krieg in Syrien, die Fassbomben von Assad, die Ausbreitung des IS in Syrien

und im Irak, die Tatsache, dass Libyen keine funktionierende Regierung hat, die Situation in Afghanistan – all das ist nicht mehr weit weg, sondern all das kommt zu uns, und das ist eine historische Bewährungsprobe für Europa, und ich möchte – ich sage: wir möchten –, dass Europa diese Bewährungsprobe besteht.

Und ich bin auch überzeugt, dass es sie übersteht. Klar, alles, was wir in Europa machen, ist unendlich mühsam. Hans-Gert Pöttering weiß das, David McAllister weiß das, Joseph Daul weiß das, und viele andere unserer Kollegen aus dem Europäischen Parlament wissen das. Günther Oettinger weiß das auch, auch wenn er vielleicht sagen würde, dass es in der Kommission gemeinhin schneller geht.

Manchmal ist es zum Verrücktwerden. Es war aber nie einfach in Europa, nicht in all den zehn Jahren, in denen ich das erlebt habe, und in den Jahren davor wahrscheinlich auch nicht; aber bislang hat Europa immer die Prüfungen bestanden – manchmal mit Ach und Krach, manchmal auf die letzte Minute, aber bestanden. Und ich bin überzeugt: So wird es auch weiterhin sein. Und wir werden dazu unseren Beitrag leisten.

Liebe Freunde, nur vier Wochen später, am 3. Oktober, ein glücklicher Tag in der deutschen Geschichte: 25 Jahre Deutsche Einheit, eine Einheit in Frieden und Freiheit. Ich möchte von hier aus ganz herzlich den Kanzler der Einheit, Helmut Kohl, und seine Frau grüßen. Wir hoffen, dass es ihm wieder besser geht als in der Zeit, in der er im Krankenhaus war. Herzlichen Dank, Helmut Kohl.

Und dann am 13. November wieder Schrecken und Terror in Paris, in der Stadt, die das Leben so feiert. Wir haben uns unseren französischen Freunden so nahe gefühlt. Das war der Tag, an dem ein Freundschaftsspiel unserer Fußballnationalmannschaft gegen die französische Fußballnationalmannschaft stattfand. Symbolisch für die deutsch-französische Verbundenheit war, dass die französischen Spieler so lange im Stadion gewartet haben, bis unsere Spieler wieder nach Hause fahren konnten. Das war gelebte Gemeinsamkeit in einer schrecklichen Stunde. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir werden auch weiter an der Seite Frankreichs stehen, wenn es darum geht, klar zu sagen: Wir geben den Terroristen keine Chance, unsere Art, die Art, wie wir leben wollen, zu verändern. Wir stehen dagegen ein, und wir werden siegreich sein, liebe Freunde!

Zwei Tage später, lieber Thomas de Maizière, mussten wir schweren Herzens ein Fußballspiel, Deutschland gegen Holland in Hannover, absagen. Solche Entscheidungen gehören zu den schwersten überhaupt. Immer geht es darum, Freiheit und Sicherheit in einer Balance zu halten. Aber es war eine richtige Entscheidung: im Zweifel für die Sicherheit. Ich möchte mich an dieser Stelle bei all unseren Sicherheitsbehörden und bei der Polizei bedanken. Sie leisten Unersetzliches dafür, dass wir in Frieden und Freiheit leben können.

Die Freiheit wird immer stärker sein als der Terror. Die internationale Koalition gegen den Terror handelt, und Deutschland ist Teil davon – ja, schon seit geraumer Zeit im Irak, wo wir etwas gemacht haben, was wir historisch noch nie gemacht haben: Wir haben in eine Konfliktregion – an die Peschmerga, mit Einverständnis der irakischen Regierung – Waffen geliefert, damit Menschen in Not verteidigt werden konnten, beispielsweise die Jesiden, weil wir nicht zuschauen konnten, wie ein ganzes Volk brutal ermordet wird, und das war richtig.

Wir sind auch jetzt auf Bitten unserer französischen Freunde dabei, wenn es um den Einsatz in Syrien im Kampf gegen den IS geht – mit Tornados, mit Aufklärungsfähigkeiten. Ich möchte das zum Anlass nehmen, allen Soldatinnen und Soldaten und natürlich Ursula von der Leyen meinen herzlichen Glückwunsch zu 60 Jahren Bundeswehr zu sagen. Wir sind stolz auf unsere Soldatinnen und Soldaten.

Das alles war 2015 – ein Jahr mit vielen bewegenden Ereignissen für Deutschland, für die deutsch-französische Freundschaft, für Europa. Selten war es so wahr – deshalb steht es auch hier an unserer Rückwand –, worauf es ankommt: „Für Deutschland und Europa“. CDU – es kommt auf uns an, auf die Christlich Demokratische Union Deutschlands, für Deutschland und für Europa. Und ich ergänze: Es kommt auf CDU und CSU an – egal, was es mal für einen Parteitag gibt; langweilig war der letzte nicht.

Das ändert nichts daran, dass CDU und CSU die politische Erfolgsgeschichte Deutschlands sind. 46 Jahre von 66 Jahren haben wir Regierungsverantwortung getragen. Und es kommt auch jetzt wieder auf uns an, auf CDU und CSU, für Deutschland und für Europa.

Liebe Freunde, ich habe in diesem Jahr noch etwas erlebt, womit ich, ehrlich gesagt, überhaupt nicht gerechnet hatte, als ich am 31. August in einer Pressekonferenz im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage gesagt habe – ich will es hier wiederholen –:

Ich sage ganz einfach: Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das!

Wir schaffen das, und dort, wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden, muss daran gearbeitet werden.

So meine Worte in der Pressekonferenz.

Als ich das gesagt hatte, begann eine spannende Diskussion: Wie kann sie sagen:

„Wir schaffen das“? Ich antworte Ihnen: Ich kann das sagen, weil es zur Identität unseres Landes gehört, Größtes zu leisten, aus Trümmern ein Land des Wirtschaftswunders zu schaffen, nach der Teilung ein in der Welt hochgeachtetes Land in Einigkeit und Freiheit zu schaffen, mehr noch, weil es gerade auch uns als christliche Demokraten doch in unserem Wesen und unserem Kern ausmacht, dass wir bereit sind zu zeigen, was in uns steckt.

Konrad Adenauer hat 1952 nicht gesagt: „Wir wählen etwas Freiheit.“ – Er hat gesagt: „Wir wählen die Freiheit!“ Er hat es in den dunkelsten Zeiten des Kalten Krieges gesagt; Stalin lebte damals noch. Adenauer ist angefeindet worden, weil er sich nicht für eine Deutsche Einheit um jeden Preis entschieden hat, sondern nur für eine Deutsche Einheit in Frieden und Freiheit. Wir mussten darauf noch 37 Jahre warten, zwischendurch wurde noch die Mauer gebaut, und trotzdem war es richtig. CDU und CSU – wir wählen die Freiheit. Das hat uns die Einheit in Frieden und Freiheit gebracht, liebe Freunde.

Ludwig Erhard hat 1957 nicht gesagt: „Wohlstand für fast alle.“ – Er hat gesagt:

„Wohlstand für Alle“, im Übrigen zu einem Zeitpunkt, als es noch 753 000 Arbeitslose gab – ihre Zahl ging erst 1962 auf 154 000 herunter. Aber es war richtig, weil nur das, Wohlstand für alle, unser Anspruch sein kann. Das gilt auch heute noch, liebe Freunde.

Helmut Kohl hat am 1. Juli 1990, dem Tag der Währungsunion, noch ohne Einigungsvertrag, drei Monate vor dem 3. Oktober, nicht gesagt: „Durch eine gemeinsame Anstrengung wird es uns gelingen, einige Regionen Ostdeutschlands schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.“ – Helmut Kohl sagte am 1. Juli:

Durch eine gemeinsame Anstrengung wird es uns gelingen, Mecklenburg- Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.

„Blühende Landschaften“! Ich weiß nicht, wer sich erinnert. Ich gebe es zu: Selbst ich hatte einige Jahre Mühe, in Mecklenburg-Vorpommern so locker von blühenden Landschaften zu sprechen. Aber heute, im 25. Jahr der Deutschen Einheit, können wir sagen: Wir haben blühende Landschaften in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen, und heute zählen wir auch Berlin dazu.

– Die wollen ja auch ein neues Land sein. – Meine lieben Freunde, das haben wir geschafft! Es sind blühende Landschaften.

Liebe Freunde, es steht völlig außer Frage: Die Aufgabe, die wir jetzt zu bewältigen haben – die vielen, vielen Flüchtlinge –, ist riesig. Ich will mit einem Dankeschön an alle haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer beginnen. Sie leisten tagtäglich Unglaubliches, sie wachsen über sich hinaus. Es ist wunderbar, wie sich unser Land präsentiert. Ein herzliches Dankeschön!

Ja, diese Aufgabe ist riesig. Deshalb ist es auch richtig und wichtig, dass wir im Bundesvorstand um unsere Karlsruher Erklärung gerungen haben und heute weiter darüber sprechen werden. Ich danke Thomas Strobl und Thomas de Maizière, ich danke Julia Klöckner und Peter Tauber, ich danke Peter Altmaier und vielen anderen für die Erarbeitung dieser Erklärung. Ich danke auch Volker Bouffier, den Vereinigungen, der Jungen Union, der MIT und auch der KPV, die gesagt haben: Lasst uns auch die Sorgen der Menschen in den Blick nehmen – die Sorgen, die wir jetzt auf den Punkt gebracht haben, indem wir gesagt haben, dass auch ein starkes Land wie Deutschland auf Dauer mit einer so großen Zahl von Flüchtlingen überfordert ist.

Wir sind die Volkspartei Christlich Demokratische Union, die die Sorgen der Menschen aufnimmt. Aber wir sind auch die Volkspartei, die Sorgen nicht nur aufnimmt, sondern die gestaltet und Lösungen findet. Das muss unser Anspruch sein, und dem werden wir mit dieser Erklärung gerecht.

Deshalb wollen und werden wir die Zahl der Flüchtlinge spürbar reduzieren, weil das im Übrigen im Interesse aller ist: Es ist im deutschen Interesse – mit Blick auf die Aufgaben, von der Versorgung der Flüchtlinge bis hin zur Integration in die Gesellschaft und im Arbeitsmarkt. Es ist im europäischen Interesse – mit Blick auf unsere innere Verfasstheit in der Europäischen Union und mit Blick auf unsere Rolle in der Welt. Und, liebe Freunde, es ist im Interesse der Flüchtlinge selbst; denn niemand, egal, warum er sich auf den Weg macht, verlässt leichtfertig seine Heimat.

Im Blick auf unsere Geschichte, auf die Beispiele, die ich genannt habe, bin ich überzeugt: Wenn wir jetzt tatsächlich zweifeln würden, ob wir das schaffen, im Blick auf unsere europäische Verantwortung, auf unsere humanitäre Verantwortung, auf unsere Verantwortung für Deutschland, dann wären wir nicht die Christlich Demokratische Union Deutschlands. Aber wir sind sie, und deshalb werden wir das schaffen.

Jetzt stellen Sie sich doch einmal vor: Wenn in zehn Jahren, im Jahr 2025, jemand auf diese Monate des Jahres 2015, zwischen dem 31. August und heute, schaut und feststellen würde, dass wir uns nicht einmal vier Monate Zeit gelassen haben, um eine solche Aufgabe zu bewältigen, und schon vorher die Flinte ins Korn geworfen haben, wie würde man über uns denken? Man würde doch sagen: Die haben nicht an ihre Stärke geglaubt. Sie haben nicht alles eingesetzt, um eine Lösung zu finden. Sie haben sich nicht eingesetzt für die europäische Solidarität. Ihre Vorfahren hatten Jahrzehnte Geduld und sie nicht einmal ein paar Monate. – Liebe Freunde, es lohnt sich, den Kampf um ein einheitliches europäisches Vorgehen zu kämpfen. Es lohnt sich, den Kampf um unsere Rolle in der Welt zu kämpfen. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Wir brauchen, so schreiben wir es in unserer Karlsruher Erklärung, eine Lösung der Flüchtlingsbewegung, die nachhaltig ist und dauerhaft wirkt, eine Lösung, die im deutschen und europäischen Interesse ist, eine Lösung, die nur in europäischer Solidarität und in enger Kooperation mit den Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlingsbewegung funktionieren kann. Es handelt sich um eine globale Herausforderung. Diese globale Herausforderung müssen wir richtig angehen, um eine dauerhafte und tragfähige Lösung zu bekommen. Dann wird es gelingen, die Zahl der Flüchtlinge spürbar zu reduzieren.

Wie soll das gelingen? Zunächst auf der nationalen Ebene. Wir haben erstens eine Liste der sicheren Herkunftsstaaten erstellt. Ich will hier noch einmal darauf verweisen: Es waren wir, CDU und CSU, unsere Innenpolitiker. Wir haben Monate gebraucht, um die rot-grünen Landesregierungen und die grün-rote dazu zu bekommen, dem zuzustimmen. Es war richtig, die Länder des westlichen Balkans als sichere Herkunftsländer einzustufen und deutlich zu sagen, dass die übergroße Mehrzahl keine Bleibeperspektive bei uns hat. Nachdem im ersten Halbjahr dieses Jahres noch 40 Prozent der ankommenden Flüchtlinge Menschen aus dem westlichen Balkan waren, sind es jetzt so gut wie keine mehr. Unsere Politik hat Erfolg gehabt. Aber wir waren der Motor und nicht die anderen, liebe Freunde, und das hat Erfolge gezeigt.

Wir haben ganz deutlich gemacht: Wir stehen zu unserer humanitären Verantwortung. Wir sind ein Rechtsstaat. Jeder, der zu uns kommt, durchläuft ein rechtsstaatliches Verfahren. Die, die eine Akzeptanz als Flüchtlinge haben – seien es Asylbewerber oder Menschen mit subsidiärem Schutz –, die bekommen Schutz.

Aber genauso rechtsstaatlich ist das Verfahren, wenn es darum geht, dass jemand kein Bleiberecht hat. Deshalb haben wir zweitens Fehlanreize beseitigt: mehr Sach- statt Geldleistungen. Bei den rot-grünen Landesregierungen oder der grün-roten sieht man, dass immer wieder Ausflüchte gesucht werden, warum man das vielleicht doch nicht umsetzen muss. Ich sage: Wir müssen es umsetzen, genauso wie drittens, dass Asylbewerber künftig bis zu sechs Monaten in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben müssen, wenn sie aus sicheren Herkunftsstaaten kommen, um bis zum Abschluss des Verfahrens dort zu bleiben, damit wir viertens nach Ablehnung Menschen besser zurückführen können. Das kann man auch mit einem freundlichen Gesicht machen, aber man muss erklären: Wir müssen unsere Kräfte auf den humanitären Schutz konzentrieren. Das ist das, was uns leitet.

Deshalb müssen wir die Rückführung abgelehnter Asylbewerber konsequenter durchsetzen. Ich bin der Innenministerkonferenz dankbar, dass auch im Falle der Afghanen darauf hingewiesen wurde, dass Rückführungen möglich sein müssen. Wir müssen zeigen, dass unsere rechtsstaatlichen Verfahren und deren Ergebnisse auch wirklich Konsequenzen haben. Sonst werden die Menschen das nicht merken. Ich sage eins: Wenn rot-grüne Landesregierungen jetzt den Chef des BAMF, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, bezichtigen und beschimpfen, dann kann ich nur sagen: Das sind Ablenkungsmanöver, weil man seine Hausaufgaben zum Beispiel bei der Rückführung von Flüchtlingen nicht richtig macht.

Fünftens. Wir haben insgesamt 4 000 neue Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geschaffen, damit die Anträge schneller bearbeitet werden können.

Sechstens. Der Bund bekennt sich zu der gesamtstaatlichen Aufgabe. Er übernimmt die finanziellen Risiken: 670 Euro pro Monat pro Asylbewerber, auch mehr Geld für unbegleitete Flüchtlinge, mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau.

Aber, liebe Freunde, wir werden siebtens darauf achten, dass bei der Entlastung der Länder überall auch die Kommunen eine faire Entlastung bekommen. Das ist bei Rot-Grün leider in vielen Fällen nicht der Fall. Das muss sich ändern.

Achtens. Wir werden einen einheitlichen Flüchtlingsausweis und eine entsprechende Datenbank einführen – im Übrigen ein wunderbares Beispiel, wie die Kooperation zwischen Kommunen, Ländern und Bund, was den Datenaustausch angeht, in einer solchen Herausforderungssituation besser wird. Vielleicht können wir, was den Datenaustausch zwischen den verschiedenen Ebenen angeht, aus einem solchen Beispiel auch für andere Fälle lernen, damit Deutschland etwas mobiler, etwas flexibler wird. Das kann uns nicht schaden.

Neuntens. Liebe Freunde, wir werden die Spielräume des internationalen Rechts nutzen und bei denjenigen, die keine Flüchtlingsanerkennung erhalten und nur subsidiär geschützt sind, den Familiennachzug für zwei Jahre aussetzen. Es ist klar: Die CDU ist die Partei der Familie. Aber schon jetzt ist angesichts der großen Zahl der bei uns Ankommenden eine rasche Entscheidung bezüglich des Familiennachzugs aus rein praktischen Gründen in vielen, vielen Fällen nicht möglich. Vorrang hat für uns erst einmal die Anerkennung des Flüchtlingsstatus', liebe Freunde.

Das ist das, was wir national auf den Weg gebracht haben. Aber um eine nachhaltige und dauerhafte Lösung zu erreichen, brauchen wir genauso Maßnahmen auf der europäischen Ebene.

Dabei kommt der Türkei angesichts der Bewegung, die wir im Augenblick haben, eine Schlüsselrolle zu. Wir müssen gemeinsam und entschieden Menschenhandel und Schleuserkriminalität bekämpfen. Führen wir uns doch einmal vor Augen, was sich dort abspielt. Die Türkei ist Mitglied der NATO. Griechenland ist Mitglied der NATO. Die Türkei führt Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union. Griechenland ist Mitglied der Europäischen Union. Auf einer schmalen Meerenge in der Ägäis herrschen nicht Recht und Gesetz, sondern dort herrschen die Schlepper und Schmuggler. Damit dürfen wir uns nicht abfinden, liebe Freunde. Deshalb müssen wir das gemeinsam mit der Türkei lösen.

Ich bin sehr dankbar, dass wir jetzt einen EU-Türkei-Aktionsplan haben, in dem wir von europäischer Seite anerkennen – nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten –, dass die Türkei seit vielen Jahren, seit es den syrischen Bürgerkrieg gibt, über 2 Millionen Flüchtlinge beherbergt. Uns ist es ein Anliegen, dass die Lebenssituation dieser Flüchtlinge verbessert wird. Da wir als Europäische Union noch nicht viel dazu beigetragen haben, werden wir 3 Milliarden Euro in Flüchtlingsprojekte zur Verbesserung der Lebenssituation der Flüchtlinge in der Türkei einsetzen. Sie werden eine Arbeitserlaubnis bekommen. Wir werden für mehr Bildungschancen sorgen. Von den 2 Millionen Flüchtlingen sind immerhin 900 000 Kinder. Sie werden eine bessere Gesundheitsversorgung bekommen. Das ist Bekämpfung von Fluchtursachen – ganz praktisch. Hier haben wir eine europäische Verantwortung.

Zweitens. Die Wiederherstellung des strikten Außenschutzes unserer Grenzen. Es ist ein bisschen wie beim Euro, dem anderen großen europäischen Gemeinschaftswerk. Wir haben die Vorteile von Schengen gerne in Anspruch genommen: Bewegungsfreiheit für Wirtschaft, für Schülerinnen und Schüler, für Studenten, für Bürgerinnen und Bürger. Wir können uns gar nicht mehr vorstellen, wie es war, als es überall Grenzkontrollen gab. Da war der Austausch viel geringer. Aber wir waren noch nicht bereit, uns damit auseinanderzusetzen, was passiert, wenn dieser Außenschutz einmal einer Bewährungsprobe ausgesetzt wird. Ehrlich gesagt war Deutschland nach den über 400 000 Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien Anfang der 90er-Jahre ganz froh, dass es jetzt einen Außenschutz an der Grenze gibt und bei uns ab und zu einige Flüchtlinge am Frankfurter Flughafen und in München ankamen. Aber jetzt zeigt sich nach der ersten großen Bewährungsprobe: Dem großen Ansturm von Flüchtlingen ist dieser Schutz der Außengrenzen nicht gewachsen. Wir können auch nicht sagen: Es zeigt sich, dass das ganze System von Dublin für diese Situation nicht geeignet ist, alle ankommenden Flüchtlinge mögen bitte in Italien und in Griechenland bleiben. – Aber wir können erwarten, dass Italien und Griechenland die

sogenannten Hotspots bauen, das heißt, dass Menschen nicht nur registriert werden, sondern dass sie von dort auf Europa verteilt werden oder nach einem rechtsstaatlichen Verfahren zurückgeschickt werden. Das ist das Wesen von Dublin. Das muss umgesetzt werden. Dafür kämpfen wir. Dafür trete ich gemeinsam mit vielen anderen ganz entschieden ein.

Wir sind auch bereit, europäische Hilfe zu geben. Ich freue mich, dass die Kommission am Mittwoch einen Vorschlag vorlegen wird, wie wir eine europäische Küstenwache, eine europäische Grenzschutzpolizei entwickeln. Hier müssen alle Mitgliedstaaten mitmachen. Das kann man nicht zwei oder drei Ländern an der Außengrenze überlassen. Die CDU wird das entschieden unterstützen.

Aber vergessen wir nicht: Kein Land ist so sehr auf Schengen angewiesen wie Deutschland. Wir sind die größte Volkswirtschaft. Wir liegen in der Mitte. Wir haben viele Nachbarn. So wie wir vom Euro profitieren und viel Wirtschaftskraft geschöpft haben, so ist Schengen für uns lebenswichtig. Deshalb lohnt es sich, sich für diese Ziele einzusetzen.

Drittens. Wir bestehen auf europäischer Solidarität. Es ist ein großer Erfolg, dass wir zumindest 160 000 Flüchtlinge in Solidarität verteilen. Ich weiß: Die europäischen Mühlen mahlen langsam, aber wir werden sie zum Mahlen bekommen. Es sind dicke Bretter, aber wir müssen diese dicken Bretter bohren.

Viertens. Wir müssen, so wie wir die Schwächen der Wirtschafts- und Währungsunion aufarbeiten müssen, die Schwächen des Dublin-III-Verfahrens überwinden. Ich habe schon einige genannt.

Fünftens. Wir müssen die europäische Asylagentur EASO stärken.

Sechstens. Wir wollen – es muss dahin laufen – ein einheitliches europäisches Asylsystem mit europaweit ähnlichen Entscheidungsmaßstäben und -maßnahmen, die dann den Missbrauch des Asyls in Europa wirksam bekämpfen können.

Dann kommt die anspruchsvollste Aufgabe auf internationaler Ebene. Das ist die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunfts- und Transitländern. Wir setzen uns für Frieden in Syrien und Stabilität im Irak und in Afghanistan ein. Die Wiener Gespräche sind ein Hoffnungsschimmer und nicht mehr, aber immerhin. Wir brauchen eine Regierung in Libyen. Es wird an einer Einheitsregierung gearbeitet. Ein deutscher Diplomat ist dort tätig. Wir brauchen anschließend Wiederaufbauhilfe. Wir müssen unsere Entwicklungshilfe stärken. Ich freue mich, dass heute Tanja Gönner von der GIZ da ist. Herzlich willkommen, liebe Tanja. Unsere Entwicklungshilfe muss sicherlich auch anders ausgerichtet werden. Wir werden schon sagen müssen: Denjenigen Regierungen, die in den Entwicklungsländern nichts tun, damit die Bevölkerung wirklich zufrieden ist, damit etwas von der wirtschaftlichen Entwicklung bei den Menschen ankommt, müssen wir sagen, dass das auch Konsequenzen für die Entwicklungshilfe haben wird. Wir können nicht immer mehr Entwicklungshilfe leisten und weniger Transparenz und Freiheit in bestimmten Ländern haben. Das geht nicht zusammen.

Liebe Freunde, es geht um eine menschenwürdige Versorgung der Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern oder in den Städten, in denen sie sich aufhalten, im Libanon, in Jordanien, auch im Irak. Dass sich dort gezeigt hat, dass der UN-Flüchtlingsrat, das Ernährungsprogramm massive Lücken in der Finanzierung haben. Dass man es nicht einmal schafft, einem Flüchtling einen Dollar pro Tag zur Verfügung zu stellen, sondern das auch noch auf 30 oder 35 Cent kürzen muss, ist unverzeihlich und gedankenlos von allen reichen Ländern auf der Welt. Das trifft nicht nur Europa, das trifft alle. Das ist nicht akzeptabel.

Deshalb werde ich zusammen mit David Cameron, meiner norwegischen Kollegin Erna Solberg und dem Emir von Kuwait am 4. Februar 2016 eine Spendenkonferenz in London durchführen, wo wir alles daran setzen werden, die noch bestehende Lücke von fast 50 Prozent für die Finanzierung von UNHCR und Welternährungsprogramm zu schließen, damit uns das nicht wieder passiert, was jetzt passiert ist. Ich glaube, das hat Ihre Unterstützung.

Liebe Freunde, wir werden unser militärisches Engagement in Afghanistan verlängern. Wir werden das tun, weil die Sicherheitslage dies erforderlich macht. Aber dass unsere Soldatinnen und Soldaten afghanische Bürgerinnen und Bürger beschützen, hat natürlich Folgen für die Frage bezüglich der Flucht. Dann müssen wir innerstaatliche Fluchtalternativen schaffen. Dann müssen wir mit unserem Engagement dort nicht nur Soldatinnen und Soldaten haben, sondern auch für die Fluchtalternativen sorgen, damit die Menschen nicht ihr Heimatland verlassen müssen. Es gibt in Afghanistan sichere Bereiche. Ich habe, genauso wie Ursula von der Leyen, mit dem afghanischen Präsidenten sehr offen darüber gesprochen. Thomas de Maizière wird die Polizeiausbildung nicht nur für den Einsatz gegen Taliban machen, sondern auch für die Bekämpfung von Schleuserkriminalität. Wir können nicht zugucken, dass in einem Land, wo unsere Soldatinnen und Soldaten dienen, Menschenhändler die Menschen auf gefährliche Routen führen und sie anschließend gezwungen werden, ihr Land zu verlassen.

Mit diesem nationalen, europäischen und internationalen Einsatz wird es gelingen, die Migration zu ordnen, zu steuern, Fluchtursachen zu bekämpfen und die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren.

Doch, liebe Freunde, seien wir ehrlich, hinter der Skepsis, ob wir das alles schaffen können, steckt, so glaube ich, noch mehr. Dahinter stecken nicht allein logistische Fragen betreffend die Versorgung und Unterbringung, nicht allein rechtliche Fragen betreffend die Sicherung der Außengrenzen. Hinter der Skepsis stecken auch die Fragen: Was alles wird sich verändern? Wollen wir überhaupt, dass sich etwas verändert? Wie viel Veränderung tut uns gut? Wann wird Veränderung zur Belastung? Wie bestimmen wir das? Können wir das bestimmen? Welche Wirkung hat unsere Art zu leben auf die vielen Menschen, die aus dem arabischen Raum, aus muslimischen Ländern zu uns kommen? Welche Wirkung haben ihre kulturellen Prägungen auf uns? Werden wir nach dieser Flüchtlingsbewegung von so vielen Menschen aus einem so anderen Kulturkreis als dem unseren noch das Deutschland sein, das wir kennen, das Deutschland, das stark ist und das uns starkgemacht hat? Mit Blick auf die vielen Flüchtlinge, die zu uns nach Europa und Deutschland kommen, hat Wolfgang Schäuble vor einiger Zeit von einem „Rendezvous mit der Globalisierung“ gesprochen. Genauso ist es. Wir sehen nun, was Globalisierung

auch sein kann. Wir haben uns immer über den Titel Exportweltmeister gefreut. Wir haben ganz selbstverständlich in Anspruch genommen, dass Arbeitsplätze in Deutschland gesichert werden. Wir sind stolz auf die Strahlkraft unserer Wissenschafts- und Forschungslandschaft. Wir nehmen es für ganz selbstverständlich, dass wir überall in die Welt reisen können. Das ist die Globalisierung, wie wir sie uns wünschen. Aber Globalisierung hat noch eine andere Seite. Rasend schnell und in einem nicht gekannten Ausmaß kommen jetzt die Auswirkungen von Kriegen, Terror, Umweltzerstörung, Hunger und Armut zu uns. Die klassische Trennlinie zwischen Außen- und Innenpolitik, wie wir das in Europa oft erlebt haben, wird in der Globalisierung nicht mehr so klar erkennbar. Sie ist fließend geworden. Die Menschen haben überall auf der Welt ein Smartphone, wenn sie nur ein bisschen mehr haben, als für das nackte Überleben notwendig ist. Sie wissen, wie es woanders ist. Nun gibt es für uns zwei Möglichkeiten, wie wir auf diese Entwicklung reagieren. Die eine Möglichkeit ist, uns aus Angst vor dieser Entwicklung und in der Hoffnung, dass der Kelch an Europa schon vorübergehen wird, von den Folgen abzukoppeln. Ich glaube nicht, dass uns das gelingen wird. Es endet in Abschottung. Aber Abschottung im 21. Jahrhundert ist keine vernünftige Option.

Stattdessen dürfen wir, nachdem wir lange nur die Vorteile der Globalisierung gesehen haben, nicht nur die Risiken sehen, sondern wir müssen auch die Chancen erkennen, obwohl die Situation komplizierter ist. Ich bin überzeugt: Wenn wir es richtig machen, werden die Chancen ein Vielfaches größer sein als die Risiken. Dazu müssen wir uns wieder einmal – wie schon so oft in unserer 70-jährigen Geschichte – darauf besinnen, woher wir kommen, wer wir sind und was uns trägt.

Was ist denn der Gründungsimpuls der Christlich Demokratischen Union gewesen? Dieser Gründungsimpuls kann uns heute Kompass sein. Die Idee der Gründung der CDU war eigentlich eine ungeheuerliche Idee: eine Partei, die im C ihre Grundlage findet, also in der von Gott gegebenen Würde jedes einzelnen Menschen. Das heißt, dass heutzutage keine Menschenmassen kommen, sondern dass einzelne Menschen zu uns kommen. Mit diesem Gründungsimpuls – ausgehend von der Würde des Menschen –, der sich auch in unserem Grundgesetz wiederfindet, ist uns etwas ganz Unvorstellbares gelungen, nämlich Klassen und Schichten zu überwinden. Die CDU war nie die Partei nur der Arbeitnehmer, nur der Wirtschaft, nur der Katholiken oder nur der Evangelischen. Nein, die Gründung der CDU war ein großes Werk des Brückenbaus. Wir sind eine Volkspartei. Jeder Mensch hat die Würde, die ihm von Gott geschenkt wird. Mit dieser Würde hat er die Möglichkeit, bei uns mitzumachen, egal zu welcher Schicht, zu welcher Klasse, zu welcher Gruppe er gehört. Das ist CDU vom ersten Tag an.

Die CDU ist eine Partei, die von Beginn an wusste, dass unser Deutschland nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts moralisch und politisch nur dann wieder auf die Beine kommen würde, wenn es auch über die Grenzen des eigenen Landes hinaus Trennendes überwinden und Brücken bauen würde, wenn es auch lernt, die Welt um sich herum mit den Augen der anderen zu sehen. Das war die Voraussetzung für die Freundschaft und die Gründung der Europäischen Union. Wir haben Glück gehabt; denn andere haben ähnlich gedacht. Das hat uns zur Europäischen Union geführt.

In einem Wort: Deutschland ist eingebettet in die Idee der europäischen Friedensordnung. Wir brauchen gar nicht immer an Helmut Kohls berühmten Satz zu denken, dass es bei Europa um die Frage von Krieg und Frieden geht. Darum geht es auch heute noch. 70 Jahre Frieden mögen uns lang vorkommen. Aber im Laufe der Geschichte sind diese 70 Jahre nicht mehr als ein Wimpernschlag. Wir können uns aber auch an Konrad Adenauer, unseren ersten Vorsitzenden und Bundeskanzler, erinnern. Er hat vor über 60 Jahren in einer Regierungserklärung gesagt: „Die Einheit Europas war ein Traum weniger. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute“ – das war 1954 – „eine Notwendigkeit für alle.“ Heute, über 60 Jahre später, fühle ich mich als Vorsitzende der CDU Deutschlands in der Pflicht. Dieses Verständnis Adenauers von der Einheit Europas ist auch mein Verständnis.

Genauso wie Deutschland notwendigerweise Teil Europas ist, so notwendig ist es heute, Deutschland und Europa in die globale Ordnung umfassend einzubetten. Erinnern wir uns an den Gründungsimpuls. Es geht also wieder darum, Brücken zu bauen, und zwar von Europa nach Afrika, zur Türkei, zu asiatischen Ländern, Interessenausgleiche zu finden, um ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Das bestimmt mein Handeln, auch jetzt in der Flüchtlingspolitik, beim, wie Wolfgang Schäuble sagte, Rendezvous mit der Globalisierung. Ich bin überzeugt: Die Fähigkeit und die Bereitschaft zum Wandel entscheiden in der globalisierten Welt über die Fähigkeiten zur Zukunft. Wenn wir jetzt etwas falsch machen, dann werden wir Zukunft verlieren. Deshalb ist es so entscheidend, dass wir den Weg mutig gehen, aber nach unseren Werten und Vorstellungen, gemeinsam mit anderen in Europa und weltweit. So können wir dann unsere Vorstellung von dem Deutschland der Zukunft entwickeln.

Seit der deutschen Einheit sind 25 Jahre vergangen. Fragen wir uns doch einmal, wie wir uns unser Deutschland in 25 Jahren vorstellen. Ich möchte, dass Deutschland in 25 Jahren

ein Land ist, in dem sich Leistung weiterhin lohnt, das Selbstständige und Unternehmer fördert, das auf die Tatkraft und die Kreativität der Menschen setzt und sagt: Sozial können wir nur dann sein, wenn wir denen, die etwas leisten und Ideen haben, den dafür notwendigen Raum und die entsprechenden Möglichkeiten geben. Das wird das Deutschland der Zukunft ausmachen.

In 25 Jahren soll Deutschland ein Land sein, das den technologischen Wandel geschafft hat, das die digitale Revolution mitgestaltet und das zur Spitzengruppe gehört. Ich nenne nur das Stichwort Industrie 4.0 und die Fragen: Wie werden die Autos in Zukunft gebaut, und wie wird die Arbeitswelt der Zukunft aussehen? All das muss von uns gestaltet werden und wird seine Auswirkungen in 25 Jahren haben.

Deshalb hat Thomas Strobl die Kommission „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“ geleitet, um wenigstens einen Blick in die Zukunft zu werfen. Wir werden diesen Antrag ja auch noch beraten.

Deutschland soll in 25 Jahren ein Land sein, das über eines der besten Bildungs- und Forschungssysteme verfügt. Wir sind heute ganz gut dabei. Aber wir wissen, dass das nicht gesichert ist und dass dies in den nächsten 25 Jahren weiter erarbeitet werden muss. Deutschland soll ein Land sein, das über eine hohe Lebensqualität verfügt. Wir wollen den demografischen Wandel gestalten, indem wir uns um die Jüngeren genauso kümmern wie um die Älteren. Schon zeigen sich die Neuerungen und Veränderungen in der Pflegereform – Hermann Gröhe hat das zu verantworten – und in der Forschungspolitik von Johanna Wanka.

Deutschland soll in den nächsten 25 Jahren ein Land sein, das die Energiewende geschafft hat, ohne die Wirtschaft – das sage ich mit Blick auf Herrn Kramer – aus dem Land zu vertreiben. Die Arbeitsplätze in Deutschland sollen erhalten bleiben. Deutschland soll ein Land sein, das nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen lebt, weder in der Finanzpolitik noch in der Umweltpolitik oder Ressourcenpolitik. Deswegen, liebe Julia Klöckner, danke für deine Arbeit in der Kommission „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“.

Deutschland soll in 25 Jahren ein Land sein, in dem Bürokratie kleingeschrieben wird und in dem sich die kreative Kraft eines jeden Einzelnen entfalten kann. Johannes Ludwig ist der Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrats. Da haben wir noch viel zu tun; mit dieser Arbeit müssen wir weitermachen. Deutschland muss in 25 Jahren ein Land sein, in dem Kinder und Familien sich ganz selbstverständlich wohlfühlen und entfalten können, in dem Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht täglicher Diskussionspunkt ist. Wir müssen einen umfassenden Arbeitsbegriff entwickeln, in dem die Arbeit an Menschen genauso vorkommt wie die Arbeit an Maschinen.

Deutschland soll in 25 Jahren ein Land sein, das keine Generationen-, Klassen- und ethnischen Konflikte austrägt, sondern das über einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt verfügt. Deshalb haben wir Armin Laschet mit der Arbeit in der Kommission „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“ beauftragt. Herzlichen Dank, Armin, für deine Arbeit.

Deutschland soll in 25 Jahren ein Land sein, in dem wir sicher vor inneren und vor äußeren Bedrohungen leben können. Thomas de Maizière arbeitet heute dafür. Diese Arbeit wird anhalten.

Deutschland soll in 25 Jahren ein Land sein, das die Welt auch mit den Augen des anderen sieht, das Menschen in Not hilft, das als selbstbewusstes Mitglied der Europäischen Union und der NATO weltweit seinen Beitrag für Sicherheit und Frieden leistet und das dazu

beiträgt, dass die Globalisierung gerecht gestaltet werden kann, dass die Vereinten Nationen an Bedeutung gewinnen und Konflikte friedlich gelöst werden.

Deutschland soll in 25 Jahren ein Land sein, das offen, neugierig, tolerant und spannend ist und eine starke eigene Identität hat, getragen von seinem Grundgesetz, seiner Verfassungsordnung. Die Würde des einzelnen Menschen ist unantastbar. Diese Vorstellung ist tief im christlichen Menschenbild verwurzelt. Es soll ein Deutschland sein mit Gleichberechtigung von Mann und Frau, mit der Absage an jede Form von Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung homosexueller Menschen.

Deutschland ist ein Land mit einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie und mit dem Gewaltmonopol des Staates, mit der Trennung von Staat und Kirche, mit der Religionsfreiheit, der Meinungs- und Medienfreiheit sowie mit der Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson.

Um es klipp und klar zu sagen: Unsere Gesetze stehen über Ehrenkodex, Stammes- und Familienregeln.

Unsere Werte und Traditionen haben unser Land in den letzten 66 Jahren getragen. Sie tragen auch das Deutschland der Zukunft. Wer vor Krieg und Verfolgung zu uns flieht, der findet bei uns Schutz. Wer bei uns Zuflucht und Schutz gefunden hat, der muss unsere Gesetze, Werte und Traditionen achten, und der muss, um uns zu verstehen, die deutsche Sprache lernen.

Das alles, liebe Freunde, ist Integration und das glatte Gegenteil von Multikulti. Es bleibt dabei: Multikulti führt zu Parallelgesellschaften und bleibt damit eine Lebenslüge.

Das Gegenteil davon ist Integration, die die Offenheit der Menschen in unserer Gesellschaft erfordert. Dazu gehört aber genauso die Bereitschaft derjenigen, die zu uns kommen, sich an unsere Werte und Traditionen zu halten.

Wenn wir den alten Fehler der Vergangenheit wiederholen – damals sprachen wir von Gastarbeitern anstatt von Menschen –, dann werden wir die Integration nicht schaffen. Aber das Deutschland der Zukunft würde dann Schaden nehmen. Deshalb gehen wir anders vor. Wir werden aus den Fehlern lernen; denn ein Land profitiert von gelungener Einwanderung. Aber das setzt eben Integration voraus.

Liebe Freunde, das alles ist das Deutschland der Zukunft, unser Land in 25 Jahren. Ich bin überzeugt, dass wir das schaffen können, wenn wir die Weichen jetzt richtig stellen. Vielleicht hilft uns ein Blick auf die letzten 25 Jahre.

Vor 25 Jahren haben wir das Glück der Deutschen Einheit erlebt. Danach haben wir gesehen, wie steinig der Weg ist. Immer wieder kam die Sorge: Schaffen wir den Aufbau Ost? Es arbeiteten damals noch Tausende Menschen im Steinkohlebergbau. Die Kernenergie war zwar gesellschaftlich umstritten, aber für uns war sie ein unverzichtbarer Teil der Energieversorgung insgesamt. Eine Beschleunigung der Globalisierung kündigte sich damals an, aber sie war noch längst nicht deutlich sichtbar.

Vor 20 Jahren steckte unser Land in einer ziemlich großen Krise: hohe Arbeitslosigkeit, Mutlosigkeit und viele Diskussionen – auch bei uns, als wir noch in der Regierung waren – über erste Reformschritte. Ich denke da an die Rentenreform, die von Rot-Grün, als sie an die Macht kamen, zurückgenommen wurde.

Vor 15 Jahren schienen die schlimmsten Befürchtungen noch übertroffen zu werden. Es stiegen kometenhaft neue Wachstumsregionen in Asien auf. Es gab bei uns

Ermüdungserscheinungen, steigende Arbeitslosigkeit, großer Druck auf die sozialen Sicherungssysteme und endlose Diskussionen über Wirtschafts- und Sozialreformen. Aber es gab lange keine Umsetzung dieser Reformen. In der rot-grünen Bundesregierung träumten viele von einer ganz anderen Gesellschaft. Es gab eine CDU – auch daran muss erinnert werden –, der manche Beobachter prophezeiten, sie würde im Strudel der Spendenaffäre versinken und ihren Status als große Volkspartei verlieren.

Auch noch vor zehn Jahren war es noch nicht richtig gut. Es gab ein Europa, das sich im Irak-Krieg tief zerstritten hatte. Es gab erstmals 5 Millionen Arbeitslose in Deutschland und eine verunsicherte Gesellschaft. „German Angst“ war das Stichwort. Vom „kranken Mann Europas“ wurde überall gesprochen. Das war die Situation vor zehn bis 15 Jahren.

Wenn wir damals verzagt gewesen wären und den Mut verloren hätten, dann wäre Deutschland heute tatsächlich ein anderes Land. Es wäre ein Land ohne Wachstum und ohne Perspektive, aber mit sozialen Problemen, ein Land mit gescheiterter Integration. Aber wir haben die Ärmel aufgekrempt, und wir haben Schritt für Schritt die Dinge zum Besseren gewendet, einschließlich der Bekämpfung der Finanzmarktkrise, der internationalen wie der Euro-Krise. Wir haben dies mit völlig ungewöhnlichen Mitteln getan, die man noch Jahre vorher als absurd bezeichnet hätte: milliardenschwere Kredite und Euro-Rettungsprogramme.

Es zeigt sich, dass in all den Jahren in Deutschland, in unserem Land, immer Menschen waren, die dem Schlechtreden und der Resignation widerstanden haben und die trotz allem angepackt haben, investiert haben und die ihr Unternehmen nicht ins Ausland verlagert haben und die ihr Geld nicht auf ausländische Bankkonten transferiert haben. Denen muss im Nachhinein noch einmal ein herzliches Dankeschön gesagt werden.

Wir haben gezeigt, welche Kraft in uns steckt, und mit dieser Kraft können wir auch die Globalisierung bewältigen. Deutschland wird heute wieder weltweit geachtet und bewundert, und wir wissen, was wir können, wenn wir stark sind.

Die Wirtschaft wächst, wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union, es sind so viele Menschen erwerbstätig wie nie zuvor, wir haben die geringste Jugendarbeitslosigkeit, die Reallöhne steigen, die befristete und die geringfügige Beschäftigung gehen zurück, und wir haben dank Wolfgang Schäuble das dritte Jahr in Folge einen Haushalt vorlegen können, mit dem wir keine neuen Schulden machen, also nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen leben.

Liebe Freunde, wir sind heute sicherlich auch deshalb so stark, weil unser Optimismus und unsere Zuversicht immer gepaart waren mit Vorsicht und dem Bewusstsein für Risiken und Gefahren. Wir sind nie blauäugig, doch genauso lassen wir es nie zu, dass uns Ängstlichkeit und Pessimismus am erfolgreichen Handeln für die Zukunft hindern.

Noch nie gab es in Deutschland so wenig „Null Bock“, aber dafür so viel Bereitschaft zum Mitmachen und Anpacken. Dieses bürgerschaftliche Engagement ist die beste und überzeugendste Antwort auf all diejenigen, die mit Hass und Hetze in ihrem Herzen versuchen, gegen Fremde Stimmung zu machen. Sie haben in unserem Land keine Chance gegen das bürgerschaftliche Engagement.

Deutschland hat sich in den letzten 25 Jahren, seit der Deutschen Einheit, und in den zehn Jahren unserer Regierungsverantwortung mehr und schneller verändert, als viele es für möglich gehalten und uns zugetraut hätten – fast überall und in fast jeder Hinsicht.

Es ist aber immer noch und heute noch mehr unser Land. Unsere Identität, unsere Sprache, unsere Kultur: Sie sind ja nicht schwächer geworden, sondern stärker. Auch in den nächsten

25 Jahren werden innerer und äußerer Wandel und Veränderung mit hohem Tempo weitergehen, ob wir es wünschen und wollen oder nicht. In den nächsten 25 Jahren wird es – genauso wie in den letzten 25 Jahren – Erfindungen und Entwicklungen geben, die wir heute allenfalls erahnen, von denen wir heute aber niemals im Einzelnen wissen können.

Eines weiß ich aber genau: Ich möchte, dass Deutschland auch in 25 Jahren immer noch mein Deutschland, unser Deutschland ist, ein Deutschland, das alle seine liebenswerten Eigenschaften und Stärken bewahrt und an die nächste Generation weitergibt, ein Land mit einer eindrucksvollen kulturellen Tradition, weltoffen und vielfältig, ganz unverkennbar Deutschland, unser Deutschland, das schönste und das beste Deutschland, das wir haben. Damit das gelingt, braucht es CDU und CSU.

Damit das noch besser gelingt, werfen wir einen Blick auf die nächsten Landtagswahlen. Baden-Württemberg – Guido Wolf hat es uns heute gesagt, und wir unterstützen das – braucht den Wechsel. Dieses wunderbare Bundesland lebt im Augenblick von der Substanz. Dieses Bundesland zeigt nicht, was in den Menschen steckt, sondern es lebt von Bevormundung. Dieses Bundesland braucht neue Infrastruktur: digitale Infrastruktur, Straßen, Schienenwege. All das geht zu langsam. Dieses Bundesland braucht vor allen Dingen ein vernünftiges Bildungssystem, nachdem es jahrzehntelang eines hatte. Die Schülerinnen und Schüler dürfen doch nicht zum Gegenstand von Experimenten gemacht werden, nachdem doch jeder weiß, dass die Schule auch Leistungsgedanken braucht und keine Einheitsschule sein darf. Liebe Freunde, das muss sich ändern. Baden-Württemberg muss wieder CDU-regiert werden.

Auch in Rheinland-Pfalz brauchen wir eine Ministerpräsidentin Julia Klöckner und endlich wieder eine Regierung, liebe Julia, die gestaltet, die nicht einfach verwaltet und die nicht nur mit sich selbst und der Aufarbeitung von alten Fragen beschäftigt ist, eine Regierung, die auch an die Kommunen in Rheinland-Pfalz denkt. Das braucht Rheinland-Pfalz mit Julia Klöckner an der Spitze. Du hast unsere große Unterstützung, und wir wünschen Dir viel Kraft im Wahlkampf.

Auch in Sachsen-Anhalt wird gewählt. Reiner Haseloff muss dort Ministerpräsident bleiben.

Das Land der Frühaufsteher kann es sich nicht leisten, mit Rot-Rot die Zukunft zu verschlafen. Lieber Reiner Haseloff, wir werden an Eurer Seite stehen.

Von Albert Einstein stammt der Satz:

Das Leben ist wie ein Fahrrad. Man muss sich vorwärts bewegen, um das Gleichgewicht nicht zu verlieren.

Nicht nur als Physikerin glaube ich an die Richtigkeit dieses Satzes, sondern auch aufgrund meiner praktischen Lebenserfahrung.

Wir müssen immer in Bewegung bleiben, immer nach vorne. Dann finden wir auch die richtige Balance, Maß und Mitte, Orientierung und Sicherheit auf allen Ebenen: bei uns in der Partei und im Bundesvorstand – herzlichen Dank an Peter Tauber, an Klaus Schüler und an alle in der Bundesgeschäftsstelle –, mit allen Vereinigungen der CDU, die uns so stark machen, und den Landesverbänden, mit der Bundestagsfraktion mit Volker Kauder und natürlich mit unseren Freunden von der CSU, mit Horst Seehofer und Gerda Hasselfeldt, und in der Bundesregierung mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der CDU und der CSU.

Wir sind die eine Volkspartei der Mitte, und so handeln wir, damit wir auch morgen in einem Deutschland leben, das die Freiheit des Einzelnen und seine Würde schützt, damit wir auch morgen in einem Deutschland leben, in dem Frieden und Sicherheit zu Hause sind,

damit wir auch morgen in einem Deutschland leben, das den Menschen mit all ihren Unterschieden eine gemeinsame Heimat ist, damit wir auch morgen in einem Deutschland leben, das in einem starken Europa Verantwortung für eine gute Zukunft unseres Kontinents übernimmt, weil wir wissen: Auch Deutschland geht es auf Dauer nur gut, wenn es Europa gut geht.

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam für diese Zukunft anpacken. Deutschland ist ein starkes Land. Wir schaffen das für Deutschland und Europa. Daran werde ich mit aller Kraft arbeiten – mit Ihnen zusammen. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung. – Herzlichen Dank.